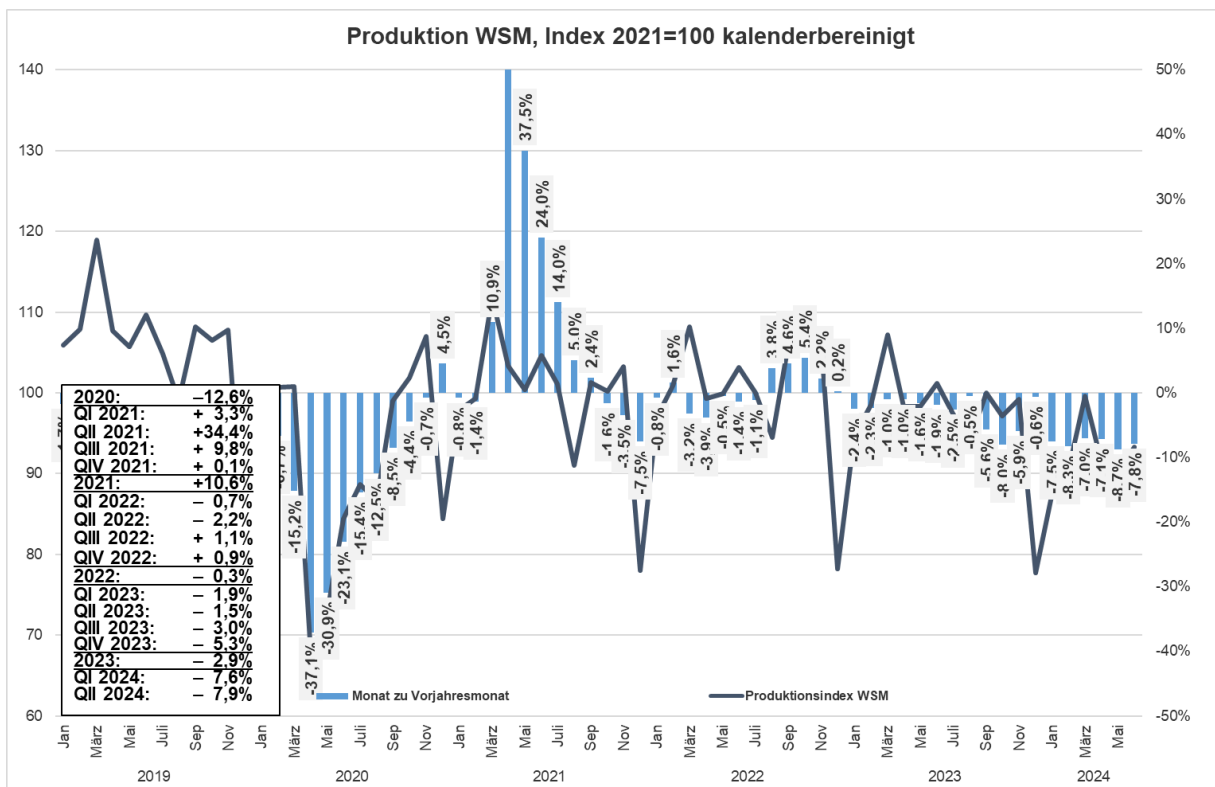




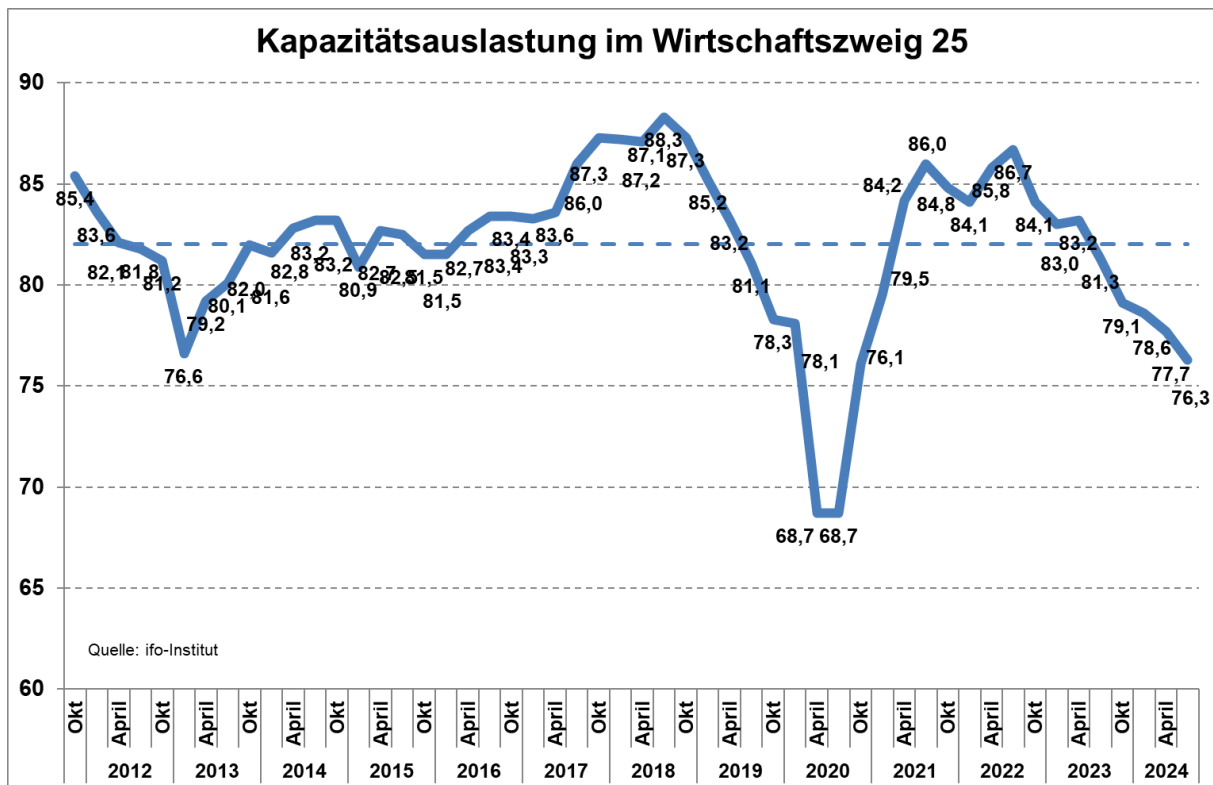
Produktion im ersten Halbjahr 2024 7% unter Vorjahresniveau

Im zweiten Quartal 2024 liegt die Produktion 7,9% unter der des zweiten Quartals des Vorjahres und verfestigt offenbar ein niedrigeres Level, denn bereits im zweiten Quartal in Folge wird das Vorjahresniveau um mehr als 7% unterschritten. Gemessen am ersten Halbjahr des Vorkrisenjahres 2019 liegt das New Normal 14,5% niedriger. Im Juni ist die Produktion wie in anderen Industriesektoren gegenüber dem Vormonat Mai gestiegen, allerdings zum Vorjahresmonat um 7,8% gesunken.

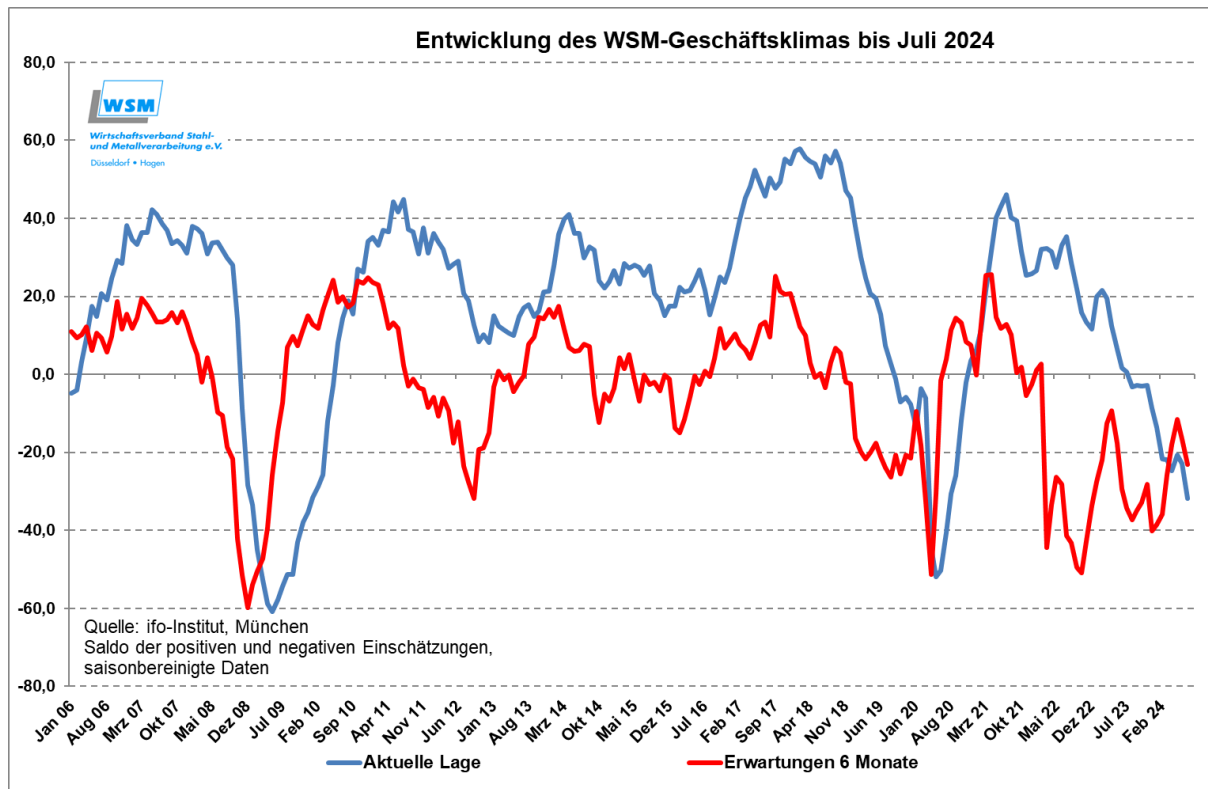


Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung

Das niedrigere Produktionsniveau spiegelt sich im Verlauf der Kapazitätsauslastung wider, die inzwischen 7% unter dem langjährigen Mittelwert liegt. Eine Besserung ist weiterhin nicht in Sicht, die Nachfrage liegt im ersten Halbjahr 13,5% unter der des Vorjahres. Angesichts dieser Entwicklungen haben die Unternehmen begonnen, die Belegschaften zu reduzieren, gegenüber dem Juni 2023 sind inzwischen 2,2% weniger Mitarbeiter fest in den Betrieben angestellt.



Der ifo-Geschäftsklimaindex der Stahl und Metall verarbeitenden Betriebe in Deutschland ist nach kurzem Aufwärtstrend im Juli erneut gesunken – um 3,1 Saldenpunkte. Beide Komponenten geben nach, die Lageeinschätzung um 1,9 Punkte, die Zukunftserwartungen um 4,3 Punkte. Die Hoffnungen auf eine Besserung der konjunkturellen Entwicklung haben sich nicht verfestigt, es fehlt weiterhin an positiven Impulsen aus Nachfrage und Investitionstätigkeit. Die symbolischen Anreize, auf die Bundespolitiker regelmäßig verweisen – Wachstumschancengesetz, temporäre Senkung der Stromsteuer, Bürokratieentlastung – reichen nicht aus. Es fehlt ein Plan, wie die Vision einer CO₂-neutralen Zukunft gemeinsam mit der ganzen Breite industrieller Wertschöpfung erreicht werden soll. Erst wenn diese Rahmenbedingungen festliegen, wird wieder in Deutschland investiert.



Die Kennzahlen indizieren klar: Die Deindustrialisierung macht auch vor der mittelständisch geprägten Stahl und Metall verarbeitenden Industrie nicht Halt. Es muss Politikern klar werden, dass sie sich nicht zuerst in Form von Standortschließungen oder -verlagerungen zeigt, sondern bereits im Verlust von industrieller Wertschöpfung an ausländische Standorte. Verschiebungen von Produktionsaufträgen zwischen verschiedenen internationalen Standorten innerhalb eines Unternehmens sind an der Tagesordnung, sie werden jedoch nicht publik. Die Arbeitsplätze wandern dennoch ins Ausland ab.